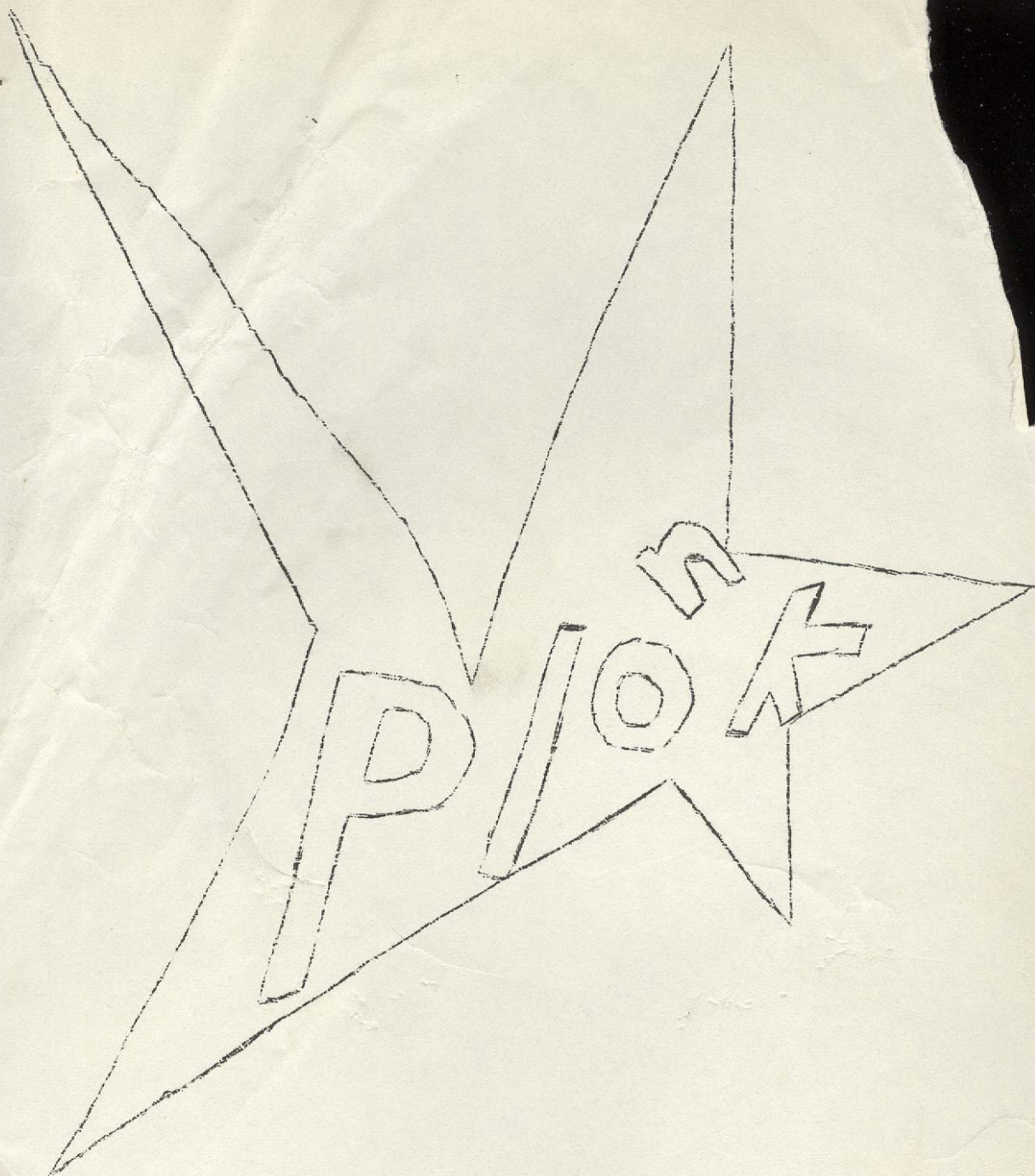




Kommune I

1 Berlin 12

Kaiser Friedrich Straße 54 a
(foto: hesterberg)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Spruch	1
1. H.H.H. a) juristisch.....	2
b) und sonst.....	10
2. Der arme SDS.....	16
3. Brandstiftung.....	17
Flugblätter 6-9.....	20
4. Der böse Verführer.....	25
5. Fritz.....	26
Notiz: Die Mädchen	27
Was tun?	28

SPRUCH

Wir wollen Euch mit diesen vielen amtlichen und sonstigen Schreibern zeigen, wie es Euch gehen kann und gehen wird, wenn Ihr demonstriert, Unsinn macht, Kommando macht oder Dinge diskutiert, die man nicht denken sollte, wenn Ihr Mädchen seid oder Flugblätter unter die Leute bringt.

Ihr werdet aufgeblasen wie wir zu Monstren, Untermenschen, Überbösen, Auszurettenden, Menschheitsschädigern, Lebensunwerten. Jede Sparte hat da ihr Wort, die Polizei, die Presse, die Justiz, die Universität und die Bevölkerung.

Sieht man genau hin, vor Gericht oder wenn man diskutiert, wenn man es selbst mitmacht und erfährt, dann fällt alles zusammen, wie eine Luftblase.

Das demonstriert man Euch an uns vor, als Abschreckung und Vorzeichen für das, was auf Euch zukommt.

Wir als Exempel werden zum Gesetz für Euch.

Wir seien eine extremistische Minderheit, sagen sie - sie meinen und drohen damit,

daß Ihr gefälligst nicht mit uns und unseren Erfahrungen zu tun habt und

daß die Maßnahmen gegen uns Euch nicht betreffen, wenn Ihr Euch gesittet verhaltet, also nicht demonstriert, ... usw.

Durch die Demonstrationen zum Schahbesuch und ihre Folgen wird, wie wir Exempel für das Kommende sind, sehr klar:

Es sollen Schnellgerichte bei Demonstrationen eingerichtet werden, um die langwierigen Gerichtsverfahren zu vermeiden, die die polizeilichen Machenschaften in sich zusammenfallen lassen.

Es sollen im neuen FU-Gesetz, das jetzt beschleunigt vorangetrieben wird, die Bestimmungen für die Durchführungen von Disziplinarverfahren verschärft werden, einschließlich verstärkter staatlicher Aufsicht durch das Kuratorium - heißt z. B. vereinfachtes Relegationsverfahren für Demonstranten.

So gehen sie vor, die Presse und die Polizei, der politische Senat und der von der FU.

Sie arbeiten zusammen.

Schaut Euch das einmal an !

1. H.H.H.

Das begann alles viel früher als mit der Humphreygeschichte - aber wie man aufbläst ist seitdem unüberschbar. Die ermittlungs- verfahren der Staatsanwaltschaft laufen und laufen und laufen sich unauffällig tot - was soll auch herauskommen, wir haben seit unserer Freilassung nichts mehr davon gehört.

So gings nicht, aber, ein Hoch auf die Zusammenarbeit, vielleicht über den akademischen Senat.

Schwarze Listen, Ihr erinnert Euch an die Forderungen des letzten Sit-in, wurden Lieber von Albertz überreicht - mit vielen Namen von Euch und uns, die festgenommen worden waren, während der Demonstrationen zu H.H.H.

Unsere wurden herausgegriffen.

Dokument I

Der Disziplinar-Untersuchungsführer
der Freien Universität Berlin
1 Berlin 33, Ihnestraße 24

5. Mai 1967

Disz. 38/67

An den
Vorsitzenden des Disziplinarausschusses
der Freien Universität Berlin

Herrn Professor R. Herzog

1 Berlin 33

Van't-Hoff-Str. 8

Anschuldigungsschrift

Der stud. phil. Volker Gebbert geb. am 3. 2. 1939 zu
Nürnberg, wohnhaft in Berlin 12, Pestalozzistr. 57 a bei Toell-
ner - Matr. Nr. 45 645 -

wird angeschuldigt,

in Berlin
im April 1967

seine Pflichten als Student der Freien Universität Berlin vorsätzlich oder grob fahrlässig dadurch verletzt zu haben, daß er sich nicht so verhielt, wie es von einem akademischen Bürger erwartet werden muß.

Der Angeschuldigte erörterte gemeinschaftlich mit den Studenten Ulrich Enzensberger, Hans-Joachim Hameister, Dorothea Ridder und Fritz Teufel, sowie anderen Mitgliedern der innerhalb des SDS bestehenden Gruppe "Kommune" Pläne, wie man durch strafbare Handlungen und Störungen der öffentlichen Ordnung den "Alltag" revolutionieren könne. Er nahm an den Vorbereitungen der beabsichtigten Störungen des Besuchs des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Humphrey, teil. Die "Kommune"-Mitglieder wollten bei der Fahrt des Gastes durch die Stadt Berlin Rauchbomben werfen, um im Schutz des Rauches die Polizeiabspernung zu durchbrechen und dann auf Humphrey und sein Gefolge Plastikbeutel, die mit Sahne, Pudding, Mehl und Farbstoffen gefüllt sein sollten, zu werfen. Hierdurch wollten sie den Gast lächerlich machen. Nach ihrer vorübergehenden Festnahme verkündigten sie öffentlich in einer Pressekonferenz u. a., die Krawalle und Ansammlungen auf dem Kurfürstendamm hätten "längst noch nicht das für die Stadt nötige Maß erreicht".

Verstoß gegen die §§ 1,3 der Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin in Verbindung mit § 21 Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1. 4. 1966.

Beweismittel

1. Protokoll über die richterliche Vernehmung des Angeschuldigten vom 7. April 1967
2. Aufzeichnungen über die Sitzungen der "Kommune"
3. Pressebericht über die Pressekonferenz vom 7. April 1967

Wesentliches Ermittlungsergebnis

Der Angeschuldigte erhielt am 18. 7. 1962 vom Landschulheim Schloß Ising am Chiemsee das Zeugnis der Reife. Sein Studium begann er im Oktober 1962 an der Technischen Universität Berlin. Dort war er vom 16. 10. 1962 bis 23. 2. 1963 in der Fakultät "Elektrotechnik" immatrikuliert. Seit dem 16. 5. 1963 ist der Angeschuldigte Mitglied der Freien Universität Berlin. Er gehört der Philosophischen Fakultät - Fachrichtung Soziologie - an. Seit 1963 ist er mit der Studentin der Soziologie Christa Gebbert geb. Renftel verheiratet. Er erhält kein Stipendium. Von seinem Vater, der als Diplom Ingenieur in Erlangen lebt, erhält er für den Lebensunterhalt und die Kosten seines Studiums monatlich DM 300,--.

Seit Monaten herrscht Unruhe an der Freien Universität Berlin, weil eine kleine Gruppe von Studenten sich gegen Anordnungen der zuständigen Universitätsorgane auflehnt, Flugblätter herausgibt und zu Demonstrationen aufruft, die sich nicht nur mit Fragen der Hochschulpolitik befassen, sondern sich auch zu allgemeinen politischen Vorgängen (z.B. Einsatz der Amerikaner in Vietnam) äußern. Aber auch bei Erörterung über Fra-

wird angeschuldigt,

in Berlin
im April 1967

seine Pflichten als Student der Freien Universität Berlin vorsätzlich oder grob fahrlässig dadurch verletzt zu haben, daß er sich nicht so verhielt, wie es von einem akademischen Bürger erwartet werden muß.

Der Angeschuldigte erörterte gemeinschaftlich mit den Studenten Ulrich Enzensberger, Hans-Joachim Hameister, Dorothea Ridder und Fritz Teufel, sowie anderen Mitgliedern der innerhalb des SDS bestehenden Gruppe "Kommune" Pläne, wie man durch strafbare Handlungen und Störungen der öffentlichen Ordnung den "Alltag" revolutionieren könne. Er nahm an den Vorbereitungen der beabsichtigten Störungen des Besuchs des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Humphrey, teil. Die "Kommune"-Mitglieder wollten bei der Fahrt des Gastes durch die Stadt Berlin Rauchbomben werfen, um im Schutz des Rauches die Polizeiabspernung zu durchbrechen und dann auf Humphrey und sein Gefolge Plastikbeutel, die mit Sahne, Pudding, Mehl und Farbstoffen gefüllt sein sollten, zu werfen. Hierdurch wollten sie den Gast lächerlich machen. Nach ihrer vorübergehenden Festnahme verkündigten sie öffentlich in einer Pressekonferenz u. a., die Krawalle und Ansammlungen auf dem Kurfürstendamm hätten "längst noch nicht das für die Stadt nötige Maß erreicht".

Verstoß gegen die §§ 1,3 der Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin in Verbindung mit § 21 Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1. 4. 1966.

Beweismittel

1. Protokoll über die richterliche Vernehmung des Angeschuldigten vom 7. April 1967
2. Aufzeichnungen über die Sitzungen der "Kommune"
3. Pressebericht über die Pressekonferenz vom 7. April 1967

Wesentliches Ermittlungsergebnis

Der Angeschuldigte erhielt am 18. 7. 1962 vom Landschulheim Schloß Ising am Chiemsee das Zeugnis der Reife. Sein Studium begann er im Oktober 1962 an der Technischen Universität Berlin. Dort war er vom 16. 10. 1962 bis 28. 2. 1963 in der Fakultät "Elektrotechnik" immatrikuliert. Seit dem 16. 5. 1963 ist der Angeschuldigte Mitglied der Freien Universität Berlin. Er gehört der Philosophischen Fakultät - Fachrichtung Soziologie - an. Seit 1963 ist er mit der Studentin der Soziologie Christa Gebbert geb. Renftel verheiratet. Er erhält kein Stipendium. Von seinem Vater, der als Diplom Ingenieur in Erlangen lebt, erhält er für den Lebensunterhalt und die Kosten seines Studiums monatlich DM 300,---.

Seit Monaten herrscht Unruhe an der Freien Universität Berlin, weil eine kleine Gruppe von Studenten sich gegen Anordnungen der zuständigen Universitätsorgane auflehnt, Flugblätter herausgibt und zu Demonstrationen aufruft, die sich nicht nur mit Fragen der Hochschulpolitik befassen, sondern sich auch zu allgemeinen politischen Vorgängen (z.B. Einsatz der Amerikaner in Vietnam) äußern. Aber auch bei Erörterung über Fra-

gen der Studienreform kam es zu Störungen. So wurde am 26. 11. 1966 eine vom AStA der Freien Universität veranstaltete Diskussion mit dem Rektor über Fragen der Studienreform durch Aktionen eine sogenannten "Provisorischen Komitees zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation" so empfindlich gestört, daß sie abgebrochen werden mußte. Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat hierzu in seiner Sitzung vom 11. Januar 1967 festgestellt, daß Inhalt und Form der Störaktion am 26. 11. 1966 eindeutig gegen Ordnung, Geist und Erziehungsauftrag der Universität verstoßen haben. (vgl. Informationen der Universitätsverwaltung Jahrgang 3 Nr. 1 Seite 2)

Im Dezember 1966 trat dann eine weitgehende Unruhe der gesamten Öffentlichkeit ein, weil das Verhalten von Studenten in immer stärkerem Maße den Einsatz von Polizeikräften notwendig machte, wobei es dann wieder zu Auseinandersetzungen kam. Diese wurden dadurch ausgelöst, daß Demonstrationen nicht innerhalb des genehmigten Ablaufs stattfanden, sondern auch in Straßenbereiche führten bei denen durch die Demonstranten erhebliche Störungen - z. B. auch für den öffentlichen Verkehr - entstanden. Solche Demonstrationen fanden insbesondere am 10. und 17. Dezember statt. Als Teilnehmer und Wortführer fielen dabei eine Reihe von Mitgliedern des SDS auf, die innerhalb dieser Vereinigung die Gruppe "Kommune" bilden. Zu dieser Gruppe gehören außer dem Angeschuldigten Gebbert Ulrich Enzensberger
Hans-Joachim Hamelster
Dorothea Ridder
Fritz Teufel. 1)

Der "Kommune" gehören ferner die nicht an der Freien Universität immatrikulierten
Dagmar Seehuber
Dagrun Enzensberger
Dieter Kunzelmann
an.

Mit den Vorfällen vom Dezember 1966 hat sich der Akademische Senat in seiner Sitzung vom 11. Januar 1967 beschäftigt und dazu folgenden Beschluß gefaßt:

- "Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat mit großer Sorge feststellen müssen, daß in letzter Zeit erneut Aktionen einzelner Studenten bzw. studentischer Gruppen dem Ansehen der Freien Universität und ihrer Studenten schwer geschadet haben. Der Akademische Senat der Freien Universität stellt fest:
- 1.) Das Verhalten einzelner Studenten und studentischer Gruppen, die offensichtlich die akademische Freiheit ebenso mißverstehen wie das Recht der freien Meinungsäußerung, ist nicht repräsentativ für die Studentenschaft der Freien Universität Berlin. Die Studentenschaft der Freien Universität Berlin und ihre Vertreter werden daher aufgefordert, stärker als bisher geschah, sich von solchem Verhalten zu distanzieren. Lehrkörper und Studentenschaft haben dafür Sorge zu tragen, daß der freie Urteilsbildungsprozeß gewährleistet bleibt.
 - 2.) Der Rektor und Senat werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um dafür zu sorgen, daß Übergriffen von Studierenden, die mit der akademischen Freiheit in Widerspruch stehen und gegen die Universitätsordnung verstoßen, entgegengetreten wird.
 - 3.)

1) sie haben Rainer Langhans vergessen, der allerdings auch Verfahren erhielt.

Der Beschluß des Akademischen Senats vom 11. Januar 1967 wurde in den "Informationen der Universitätsverwaltung" Jahrgang 3 Nr. 1 Seite 2 bekannt gegeben. Eine Änderung der Verhältnisse trat jedoch nicht ein. Vielmehr verstärkte die Gruppe "Kommune" ihre Aktivität. Im März 67 und Anfang April fanden sich ihre Mitglieder in der Wohnung 1 Berlin 41, Niedstr.-zusammen. In dieser Wohnung ist Ulrich Enzensberger mit 2. Wohnsitz gemeldet. Außer ihm lebten und wohnten jedoch dort weitere Mitglieder der "Kommune". Die Wohnung wurde gleichsam Mittelpunkt der Gruppe. In ihr wurden die Besprechungen über die Aktionen der "Kommune" geführt. So wurde auch die Beteiligung an der Aktion der "Ostermarschierer" beschlossen.

Bei den Zusammenkünften der "Kommune"-Mitglieder wurden u.a. Pläne erörtert, wie man durch Störung der öffentlichen Ordnung den "Alltag" revolutionieren könne. So ergibt sich aus den Aufzeichnungen der Sitzungen der "Kommune", daß die Verbrennung von Gerichtsakten (Teufel), die Besetzung von Lokalen (Teufel), die Plünderung von Lebensmittelgeschäften (Ridder, Teufel), die Durchführung von politischen und unpolitischen happenings im Stadtgebiet (Hamciester, Enzensberger) Gegenstand der Beratung war. Dabei wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es nicht um eine Demonstration gegen den Krieg in Vietnam (Ridder am 3. 4. 67) gehen sollte, sondern schlechthin um Störungen der rechtsstaatlichen Ordnung. Hierzu äußerte Hamciester nach den Aufzeichnungen der "Kommune" u. a. den Plan, am Platz an der Gedächtniskirche Rauchbomben etc. zu zünden.

Bei einer Versammlung vom 2. 4. 67 in der Niedstr. 14 wurde in größerem Kreise davon gesprochen, daß man anlässlich des Besuches des Vizepräsidenten Humphrey eine Aktion starten wolle. Im Laufe der Diskussion wurde die Möglichkeit erörtert, daß die Teilnehmer an dieser Aktion wegen groben Unfugs und wegen Beleidigung einer befreundeten Staatsmacht bestraft werden könnten. Nach diesen Eröffnungen entfernte sich eine erhebliche Anzahl der Versammlungsteilnehmer. Zwischen den Zurückgebliebenen

Volker Gebbert
Ulrich Enzensberger
Hans-Joachim Hamciester
Fritz Teufel
Rainer Langhans
Dieter Kunzelmann 1)

wurde erörtert, wie man Humphreys Besuch in Berlin stören könnte. Es wurde besprochen, mit Kuchen, Schlagsahne, Torten, Nohltüten und Superbällen zu werfen. Man plante den Einsatz von Rauchbomben in Nachahmung der Amsterdamer "Provos". Auch an einem der darauffolgenden Tage wurde von Rauchbomben für die Durchführung der geplanten Aktion gesprochen. Gebbert setzte sich nunmehr mit dem ihm befreundeten stud. rer. nat. ...2) in Verbindung. ... ist Chemiker. Nach den Vorfällen bei den Handlungen der "Provos" in Amsterdam hatte er Gebbert einmal mitgeteilt, er sei in der Lage, Rauchbomben herzustellen. Gebbert setzte sich telefonisch mit ... in Verbindung und bat diesen,

- 1) unsere Mädchen werden natürlich nicht aufgeführt!
- 2) möchte nicht genannt werden, da er sonst seinen Arbeitsplatz an der Uni verliert.

in der Niedstraße anzurufen. Dies geschah und in einem Gespräch, das zunächst Gebbert und später Kunzelmann mit ... führte, wurde vereinbart, daß dieser am 5. 4. 1967 bei der Herstellung der Rauchbomben behilflich sein sollte. Am 5. 4. 1967 trafen sich ..., Hamcister, Kunzelmann, Langhans, Enzensberger, Gebbert und Teufel in der Niedstr.. Kunzelmann und Dagmar Sechuber hatten Ammoniumchlorid, Kieselgur, Milchzucker (Lactose), Farbstoff Sudan III eingekauft, ... hatte Kaliumchlorat in der Materialausgabe des Instituts für Anorganische Chemie in seiner Eigenschaft als Studierender und Platzinhaber dieses Instituts gekauft. Nach Rezepten, die ... besorgt hatte, begannen die Beteiligten mit der Herstellung von Rauchbomben und der Füllung von Wurfbeuteln.

Der Polizei war bekannt geworden, 1) daß der Besuch des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der für die Zeit vom 6. 4. 1967 bis zu den Vormittagestunden des 7. 4. 67 vorgesehen war, gestört werden sollte. Sie hatte erfahren, daß die Vorbereitungen hierzu in der Wohnung Niedstr. 14 getroffen wurden. Um die Sicherheit des Gastes während seines Aufenthaltes in der Stadt Berlin zu gewährleisten, entschloß sie sich, eine Durchsuchung in der Niedstr. 14 durchzuführen, weil die Vermutung bestand, daß diese zur Auffindung von Beweismitteln führen werde und weil Gefahr im Verzuge vorlag. Als die Polizei die Wohnung Niedstr. 14 am 5. 4. 67 aufsuchte, überraschte sie die Studenten ..., Enzensberger, Gebbert, Langhans bei der Herstellung von Rauchbomben und Wurfbeuteln. Die vorbezeichneten Studenten wurden von der Polizei vorläufig festgenommen. Sie weigerten sich, durch die Polizei vernommen zu werden. Am 6. April 1967 wurden sie dem Amtsgericht Tiergarten zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt. Nach Durchführung richterlicher Vernahmen wurden sie in den frühen Morgenstunden des 7. April 7 entlassen.

Vor dem Eintreffen der Polizei in der Niedstr. 14 hatten Teufel und Hamcister zusammen mit Dorothea Ridder und den nicht bei der Freien Universität Berlin immatrikulierten "Kommune"-Mitgliedern Dagmar Sechuber und Dagrun Enzensberger die Wohnung verlassen, um in Grunewald die Wirksamkeit der bis dahin fertiggestellten Rauchbomben und Wurfbeutel zu erproben. Sie wurden alsbald danach von der Polizei in Nikolassee festgenommen. Teufel und Hamcister erklärten vor der Polizei, Aussagen nicht machen zu wollen: Sie wurden dem Amtsgericht Tiergarten zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt und nach richterlicher Vernachung wieder entlassen.

Nach ihrer Entlassung äußerten die "Kommune"-Mitglieder Kunzelmann, Dorothea Ridder, Fritz Teufel, Dagmar Sechuber, Ulrich Enzensberger und Hans-Joachim Hamcister in einer Presskonferenz, sie hätten gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey keinen "aggressiven Akt" geplant, sondern Humphrey nach dem Vorbild der Amsterdamer "Provos" nur lächerlich machen wollen. Sie bezeichneten den Versuch des amerikanischen Vizepräsidenten in Berlin als "groben Unfug". Als Mittel zum Zweck hätten sie mit den selbstgebastelten "Rauchentwicklern" die Polizeikette sprengen und in dem Drucheinander zum Wagen Humphreys gelangen wollen, um ihn zur Zielscheibe von Buttercremetorten, Mehltüten und Pudding zu machen. Bei dieser Presskonferenz kündigten die "Kommune"-Mitglieder an, sie würden ihre Protestaktionen gegen den "Staatlich verordneten Unsinn" verstärken. Sie erklärten hierbei, die Krawalle und Ansammlungen auf dem Ku'fürstendamm hätten noch

nicht das für diese Stadt nötige Maß erreicht" (Pressebericht des "Abend" vom 3. 4. 67, Artikel in der "Welt" vom 10. 4. 67).

Der Angeschuldigte ist zu einer für den 29. 4. 67 anberaumten Anhörung im Disziplinarverfahren zwar erschienen, hat aber seine Einlassung zur Sache verweigert.

Ich beantrage Bestrafung durch den Disziplinarausschuß der Freien Universität Berlin.

Gleichzeitig beantrage ich, den Angeschuldigten für die Dauer des Disziplinarverfahrens vom Studium an der Freien Universität Berlin zu suspendieren, weil zu erwarten ist, daß er mit dauerndem Ausschluß aus der Freien Universität bestraft werden wird (§ 16 Abs. 4 der Disziplinarordnung).

Das Verhalten des Angeschuldigten stellt einen fortgesetzten vorsätzlichen Verstoß gegen seine Pflichten als Student der Freien Universität dar (§§ 1,3 der Disziplinarordnung in Verbindung mit § 21 Ziffer 2 der Universitätsordnung in der Fassung vom 1. 4. 1966).

Ich nehme hierzu Bezug auf den Aufruf des Rektors und des Akademischen Senats an die Studenten der Freien Universität Berlin vom 22. 4. 1967, in welchem es u. a. heißt:

"Wenn Studenten der Freien Universität Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Mehl, Pudding, Farbstoff oder was auch immer gegen den Wagen eines ausländischen Staatsmannes werfen wollen, so mußte ihnen als denkenden Menschen klar sein, daß solche Handlungen bei der psychologisch gespannten Lage zum sofortigen Gebrauch der Schusswaffen durch die Bewacher und damit wahrscheinlich zum Tode Unbeteiligter bzw. zu unvorherschaubaren Reaktionen der Bevölkerung geführt hätte. Eine so verantwortungslose, ja verbrecherische Haltung ist unentschuldbar; die beteiligten Studenten müssen nicht nur als Privatpersonen, sondern auch als Bürger unserer Universität zur Verantwortung gezogen werden." 2)

Soweit die tatsächlichen Vorgänge, die zur Festnahme des Angeschuldigten durch die Polizei geführt haben, Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren sind, braucht deren Ausgang nicht abgewartet zu werden, weil die strafgerichtliche Beurteilung der Tat für ihre disziplinarrechtliche Würdigung unerheblich ist. (§ 5 Abs. 2 der Disziplinarordnung für die Studenten der Freien Universität Berlin).

Stempel des Disziplinarausschusses
und Unterschrift Laessing

So etwas bekamen wir alle, soweit wir Studenten sind.

Und dann die Ladung zum rechtlichen Gehör:

1) "bekannt" heißt natürlich, daß wir abgehört wurden.

2) Unsinn - in die Menge schließen ist unmöglich - das ist ja das Fatale beim Schützen von beliebigen Staatsoberhäuptern.

Dokument II

Disziplinar-Untersuchungsführer
der Freien Universität Berlin
1 Berlin 33, Innestraße 24

Berlin, den 24.4.

Disz. 37/67

Herrn
stud. phil. Ulrich Enzensberger

1 Berlin 41
Innestr. 14

Sehr geehrter Herr Enzensberger!

Auf den Antrag Sr. Magnifizenz, des Herrn Rektors vom 21. 4. 67 habe ich gegen Sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Gegenstand des Verfahrens sollen die Pläne, Äußerungen und Handlungen derjenigen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes sein, der sich "Kommune" nennt und dem Sie angehören. Dabei sollen die beabsichtigten Störungen des öffentlichen Lebens und insbesondere diejenigen Maßnahmen geprüft werden, die von den Mitgliedern der "Kommune" aus Anlaß des Besuches des amerikanischen Vize-Präsidenten Humphrey in Berlin durch einen tätlichen Angriff auf ihn und seine Begleitung vorbereitet worden sind (Werfen von Rauchbomben, Durchbrechung der Polizei-Absperrung, Werfen von Plastikbeuteln mit Sahne, Puddingfüllungen sowie mit Mehl und Farbstoff).

Ich belehre Sie darüber, daß Sie nach § 16 Abs. 2 der DO die Einleitung des Disziplinarverfahrens binnen eines Monats beim Disziplinarausschuß als unzulässig anfechten können.

Um Ihnen rechtliches Gehör zu gewähren, lade ich Sie hiermit zum

in das Rektoratsgebäude Innestr. 24 - Eingang über die
Terrasse.
Sonnabend, den 29. 4. 67 12⁰⁰ Uhr

Hochachtungsvoll

Stempel und Unterschrift Blaessing

Wir verweigerten die Aussage.

Verhandlungstermin war zum eigenartigerweise der 2. Juni,
15 Uhr, also zur Zeit der Schahdemonstrationen.

Wir gingen nicht hin.

Wir schrieben stattdessen einen Brief in Aftersprache.

Dokument III

An den
Vorsitzenden des
Disziplinarausschusses der
Freien Universität Berlin
Prof. Dr. Herzog

Berlin, den 1. 6. 67

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir, die Unterzeichneten, wollen aus folgenden Gründen nicht zu dem von Ihnen anberaumten Termin am 2. 6. 67 erscheinen:

1. Wir glauben grundsätzlich, daß die Gerichtsbarkeit der akademischen Bürokratie in Form von Disziplinarverfahren abgeschafft werden muß. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur Universität steht der Studentenschaft zu. Um einen Schritt auf diesem Wege voranzukommen, erachten wir die Öffentlichkeit solcher Disziplinarverfahren wie der unsrigen in Form von Hearings für unerlässlich.
2. Der Termin fällt offenbar zufälligerweise in den Zeitraum des Schahbesuches. Wir halten unseren Protest gegen den Schah und die Vertreter der BRD, die ihm Gastrecht gewahren, für so wichtig, daß wir nicht zu diesem Zeitpunkt vor dem Disziplinarausschuß erscheinen können.

Hochachtungsvoll

Rainer Langhans
Volker Gebbert
Ulrich Enzensberger

Fritz Teufel
Dorothea Ridder
Hans-Joachim Hamelster

W i c h t i g: Der nächste Termin ist am

23. Juni, 14.30 Uhr im Senatsaal -
das geht jetzt alles sehr schnell.
Da können wir uns alle treffen, wenn es soweit kommt!

Das war die eine wichtige Geschichte: wegweisende Disziplinarverfahren - schaut Euch an, wie es Euch ergehen wird, wenn Ihr noch demonstriert!

darüber mokierst.

Ich ziehe nun die Konsequenzen. Der von mir geleistete Zuschuss entfällt mit sofortiger Wirkung, für den Mai kommt also kein Geld mehr. Hinsichtlich der späteren, vielleicht recht bald eintretenden erbrechtlichen Regelung sind die notwendigen Schritte in die Wege geleitet.

Otto Kunzelmann

Erlangen, d. 20. 4. 67

Lieber Volker!

Nach Deiner Abreise habe ich mir Deine ganze Angelegenheit nochmals durch den Kopf gehen lassen. Ich habe auch die "Kritik der reinen Toleranz" durchgelesen. Du weißt, daß ich das westliche, kapitalistische System genauso verurteile wie Ihr. Aber die Art Eures öffentlichen Auftretens kann ich nicht gutheißen oder gar als klug bezeichnen. Besonders nicht, daß Ihr daraus bei einer "kapitalistischen" Illustrierten Kapital geschlagen habt und gleichzeitig Euren Verwandten bittere Verlegenheit bereitet. Euer kleines extremes Grüppchen kann gegenüber den kapitalistischen Mächten nichts erreichen, als daß sie Euch schikanieren und lächerlich machen.

Wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann nur durch zielstrebige Propaganda im Rahmen und unter den Fittichen des SDS. Aber auf seriösere Art. - So wie jetzt hält man Euch nur für schlampige, faule Gammler. All die Unsauberkeiten der von Euch dem Stern produzierten Lebensart können Eurer Idee nur schaden und keinen ernststen Anhang ziehen.

Was Dich persönlich betrifft, so weißt Du, daß wir alle sehr erschüttert sind, weil Du Dein Studium nicht durchhalten willst - oder kannst, das Du Dir selbst erwählt hast. - Gut, wenn Du nicht kannst, dann such Dir einen praktischen Beruf aus, dem Du gewachsen bist, aber Nichtstun, faulenzten, nur weil Du das Leben in Deinem Grüppchen bequemer und interessanter findest, das kann ich nicht anerkennen.

Du mußt Dich unbedingt aufraffen, sonst gehst Du vor die Hunde und Mutti und mich trübe das schwerstens.

Herzliche Grüße!

Vater

Ingrid Störrle

Schwabisch-Hall, den 27. 4. 67
Max-Eyth-Str. 16

Lieber Fritz!

Ich weiß nicht, ob Du Dir vorstellen kannst, wie einer Mutter zumute ist, die Tag für Tag zum Briefkasten rennt,

in der Hoffnung, endlich einen Brief aus Berlin von Dir zu bekommen. Die Hoffnung schwindet zusehends mehr. So müssen Deine Eltern sich durch Berichte und Bilder aus dem "Haller Tagblatt", der "Zeit", dem "Spiegel" und jetzt auch durch den "Stern" versuchen, ein Bild zu machen von Leben und Treiben ihres Jungsten, während der selbst schweigt! Deine Eltern sind um Jahre gealtert und für Mutti fürchte ich das Schlimmste! Du weißt, wie sehr sie (und auch Vati, wenn er das auch niemals laut sagen würde!) an Dir hängen. Deine Mutter gibt sich redlich Mühe, Dich zu verstehen und auch zu verteidigen (nachdem Ihr auch im Fernsehen zu sehen wart, kannst Du Dir vielleicht auch vorstellen, wieviele dumme Reden und Bemerkungen Deine Mutter über sich ergießen lassen mußte und noch muß!). Mich selbst wurde einmal interessieren, was an den Berichten wahr ist, und was Illustrierten-Mache! Studierst Du eigentlich noch, oder haben sie Euch von der Uni gefeuert? Was gedenkt Ihr zu tun, wenn Eure Geldgeber bzw. Eure Einnahmen versiegen? Ihr betrachtet die Arbeit (laut Kunzelmann) als "Schande", lebt aber von zum Teil hart erarbeiteten Geld. Wie läßt sich das verstehen?! Leider bin ich nicht belesen genug, um Eure "Ziele" zu verstehen, ich verfüge auch nur über eine schwache Kenntnis von Maos Lehren, doch halte ich Dich für zu intelligent und zu gebildet, um in diesem "Club" lange mitzumachen. Oder täusche ich mich hier?!? Ich würde mich riesig freuen, wenn Du nur einmal schreiben würdest! Wir haben seit 13. 2. einen Sohn Jörg-Dieter. Du hast auf unsere Anzeige nicht reagiert. Hast Du sie gar nicht erhalten, oder läßt sich ein Glückwunsch nicht mit den Lehren Maos vereinigen? Gerne schicke ich Dir einige Fotos von Ulrike und Jörg, sofern Du interessiert bist und nur eine Anschrift mitteilst. Ich weiß ja garnicht, ob Dich diese Zeilen erreichen; die Anschrift entnehme ich dem "Stern"!!! -

Gestern war übrigens die Kriminalpolizei in der Imbröderstrasse und hat geprüft, ob Deine Angaben über Deine Person stimmen!!! Sie trafen dort nur Klaus an, da Vati und Mutti 14 Tage in Erholung gefahren sind, in der Hoffnung, daß Mutti wieder schlafen kann und nicht nur von Beruhigungstabletten lebt!

Am 14. 5. ist übrigens Muttertag! Gib' Dir mal einen Rück und schreibe ein paar Zeilen. In der Hoffnung, daß dieser Brief Dich erreicht und daß Du gesund bist, grüßt Dich dennoch herzlichst

Deine Schwester Ingrid.

Erlangen d. 2. 5. 67

L. V.

Bei der Krim.Polizei hier mußte ich Angaben über Dich machen (Geb. Datum; Geb. Ort; usw.). Der Beamte sagte mir, daß die Studentenkrawalle überall letzten Endes von der Russischen Geheimpolizei indiziert wurden. Dasselbe versicherte ein sehr erfahrener Herr meiner Bekanntschaft! Heute mußte ich wegen Deiner Affaire aufs Einwohneramt, wo ich bestätigte, daß Du hier bei uns Deine Wohnung noch hast. Der Leiter des Wohn-Amtes sagte mir aber, daß nach den Bestimmungen dies nicht haltbar sei, wenn die Berliner Behörden protestieren. Bei Studenten habe man bisher ein Auge zugeedrückt, wenn sie nicht regelmäßig am Wochenende

nach Hause kämen. Die s nur zu Dein er Orientierung. Schau,
daß du wieder in Ordnung kommst!

Vater

Herzliche Grüße an Christa

Hannover 4. 5. 67

Liebe Friedel und Arthur!

Nach dem Telefongespräch neulich n ach de r darau f er-
folgten Lektüre des Stern u nd nach Eu rem Brief vom 23.4.
wär's ja lang sam an der Zeit, daß ich zu der Affäre Volker
mal einen Ton sage. Es ist nich t nur meine bekannte Aversion
gegen das Briefschreiben, sondern die nackte Tatsach e, daß
ich das Gesche hen auch nicht begreifen konnte und darüber
hin- und h ergrübelte.

Übrige n s hatten wir die Geschichte zum Teil schon vorher
mitge k rieht: zufällig sahen wir fe rn und da ersch ien ein
Interview der verhinderten Bombenwerfer mit Journ alisten,
das also vom Fern sehen aufgenommen wurde (wie das Bild im
"Spiegel"). Da war kaum ein Zweife l möglich, daß der eine
davon Volke r war. Er sag te dabei zwar nichts (Gottseidank!)
dafür hielt de r bärtige "Revoluzzer" verworrene Reden über
Mao Tse Tung, Kommune und freie Liebe. Das war offensichtlich
der Anstifter - und die andern sind auf seine Angeberei herein-
gefallen. Mir scheint dieser Ver sager und Faulen zer lebt
auf Kosten seiner Anhänger ganz gut; denn die müssen nicht
n ur die Gelder in (seine) die gemeinsame Kasse liefern,
son dern auch noch die Mädchen! So ein Schlauberger! Das wär
ja schon allerhand und tut mir für Euch besonder s leid, aber
daß Volker nun auch noch den Großvater erwähnt - das ist ja
für Euch in Erlange n beson ders schockie ren d: da begreife
ich ihn nun wirklich nicht.

Wie soll man sich nun Volke rs Verhalten erklären?
Ich kann mir da per Distanz kein Urt eil erlauben aber ich
könnte mir vorstellen, daß der gu te Volker ein fach durch
die Lernerei überfordert ist und sich davor in alles mögliche
flüchtet. War's nich t schon auf der Schule so? Da wollte er
in die Lehre. Das gefiel ihm freilich auch nicht so, und nun
wollte er wieder zur Schule. Es ist ihm vielleicht hart an-
ge kommen, daß er in dem Intern at am Chiemsee dem Buffeln
nicht e ntrinnen konnte und so schaffte das Examen. Nun
beim Studium war's zunächst ganz schön, bis es wieder zu viel
verlangt war und da geriet er an diese SDS-Protestler.
So in etwa könnte man sich das vielleicht psychologisch er-
klären. Ihr solltet Euch wirklich einmal mit einem Psycho-
logen unterhalten: besser noch so'n Kerl testet mal den Volker!
Ge ht das nicht irgendwie zu arran gieren? - Das ist sicher
gescheiter als den Deliquenten zu verdammen.
Wie es aber nun Weitergehen soll, weiß ich auch n ich t.
Schließlich kann sich Volker doch nicht zeitleben s von
seiner famosen tapferen kleinen Frau unterhalten lassen!?
Will er de nn weiterhin seiner "Kommune" angehören? Dann
freilich tät ich ihn nich t mehr unterstützen, sondern die
Unterstützung der kle inen Christa gewähren. - Doch,
Verzeihung, das geht bald zu weit und mich nix an.
Ich schreib' halt so hin, was man sich denkt. Jedenfalls muß er
doch mal irgendeinen Broterwerbsberuf wählen.
Was sagt er denn dazu?

Ich schreib' halt so hin, was man sich denkt. Jedenfalls muß er doch mal irgendeinen Broterwerbs-Beruf wählen. Was sagt er denn dazu? Freilich, wir müßten uns mal über alles miteinander unterhalten können. Vielleicht gibt sich doch mal die Möglichkeit dazu. Derweil nehmt mir meine Redereien nicht übel. Heut', Himmelfahrt, hatten wir großes Familientreffen hier: Dieter kam mit Frau und 3 Töchtern (10, 8 Jahre und 7 Monate alt) um 12 Uhr aus Hamburg angebraust, in der neuen (gebrauchten) Familienkutsche (Ford 20 M mit Eingang hinten!). Da gingen wir zwei Alten noch rein, als wir zum Mittagessen fuhren. Tom und Hans kamen aus Ahlen auch dazu. Die kleine Martina (meine jüngste Enkelin) ist ein sogenannter Wonneproppen mit riesigen Augen, kleinem Mund und Hängebacken, dazu braungebrannt wie'n Spanier, weil sie immer draußen steht. - Das Mittagessen mußte ich ja nun schon übernehmen, da wir unsere "Gäste" ja nicht zu Hause verköstigen konnten; der Spaß kam mich 50 Piepen! Kaffee haben wir dann bei uns getrunken: Den Kuchen mußte Dieter, den Kaffee Irm bezahlen! Irm, das freche Luder, hat dann das ganze Kaffeegeschirr abgewaschen; so war Hertha entlastet; das ist auch nötig, denn es geht ihr nicht recht seit ihrem Geburtstag. Am 20. 3. war ihr ja besonders mies. Der Arzt meinte, sie habe einen grippalen Infekt gehabt, mit dem das Herz nicht fertig wurde. Sie hat sich zwar erst gebessert; aber die letzten Tage - auch heute - wieder nicht recht; wir haben nun vom 20. 7. bis 7. 8. Quartier in Grömitz. Nun wollen wir sehen, ob bzw. wann wir ein vernünftiges Quartier in Dahel (bei Herrenalb im Schwarzwald) bekommen. Das ist für Hertha das beste. Doch, soeben beginne ich die dritte Flasche Bier und da wird's Zeit aufzuhören. Also noch amal: nix für ungut und recht arg herzliche Grüße.

Euer Eugen 1)

Ludwigsburg, 26. Mai 67

Lieber Fritz!

Sag' mal, war das wirklich etwas Neues für Dich, daß Vati und ich uns große Sorgen um Dich machen? Das kann doch garnicht sein, auch wenn ich mich immer bemüht habe, es möglichst nicht zu sehr zu zeigen. Wie recht wir hatten, zeigt ja, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat. Glaubst Du, daß es angenehm ist in der Zeitung zu lesen, daß der geliebte Sohn im Gefängnis ist? Und wenn ihr mit solchen Methoden weitermacht, wird es wohl nicht das letzte Mal gewesen sein. Bei aller Anerkennung Eurer Zivilcourage, aber wem soll das nützen? Wir glauben ja, daß die Zeitungen reichlich dick aufgetragen haben (Hans brachte Pfingsten eine Ausgabe der

1) Brief von Volkers Onkel an seine Eltern.

Südd. Abendzeitung mit, der U. Enzensberger ein Interview gegeben hatte, außerdem haben wir natürlich alles über Euren Fall gelesen, was wir nur erreichen konnten) was die so alles sagen hat mich trotzdem ziemlich mitgenommen.

Übrigens unterschätzt Du die Ludwigsburger doch etwas, lediglich an dem Morgen nach der Fernsehsendung hörte ich, daß Du dabei gewesen wärest, pfeifestopfenderweise, daher meine Bemerkung im letzten Brief. Sonst war nur die Kriminalpolizei hier, die sich erkundigte, ob Deine Angaben zu Deiner Person die Du in Berlin gemacht hattest, stimmten, was natürlich bejaht wurde.

Und Rudolf Holzwart war bei mir am Tag vor unserer Abreise nach Minusio und wollte mir die Aufnahme in der Zeit zeigen. Er glaubte, wir hätten sie (die Zeit) nur für Dich gehalten und kam ganz bestimmt nicht in böser Absicht. Sonst kein Wort weit und breit. Kann ja sein, daß die Leute sich darüber unterhalten, aber nicht mit uns. Und außerdem wäre das ja auch ganz wurscht. Meinst Du vielleicht wir würden was auf Dich kommen lassen? Wir kennen Dich doch!

Dein Geld kriegst Du natürlich bis Dezember weiter, wie verabredet. Sicher wären wir sehr froh, wenn Du doch - wie Du ja auch im Dezember noch schriebst - weiterstudieren würdest. Vielleicht kommt Ihr ja nochmals so davon, ich meine beinah, das können sie von der Uni garnicht machen, aber so genau sieht man da ja nicht durch.

Deine
Vati und Mutti

(Postkarte)

4.6.1967

Lieber Rainer !

Von einer BMW-Abholung habe ich bei dem herrlichen Wetter einen kleinen Abstecher zum Tegernsee und auf den Wallberg gemacht. Ich hoffe, es geht Dir inzwischen besser! Willst Du nicht nach München gehen, wenn Du exmatrikuliert werden solltest?

Recht herzliche Grüße
Vati

Ed. 7.6.67

Lieber Volker!

Einige Fragen wolltest Du mir beantworten.

- 1) Was wollt Ihr erreichen?
- 2) Wie denkst Du Dir Deine Zukunft, wenn Deine Geldquelle versiegt ist? Von mir kommt nichts mehr, bis Du Dich auf einen endgültigen Beruf vorbereitest.
- 3) Was sagst Du zu der Abhandlung im Spiegel Nr. 24, S. 46 ff

Bitte auch für einen "Eskimo" verständlich, ohne allgemeine Rhetorik. Trotz allem herzliche Grüße von
Deinem Vater.

Liebe Gertrud!

Als Du fortgingest von hier, hast Du mir versprochen, gewissenhaft zu studieren, wie es alle vernünftigen Studierenden tun. Aus den wenigen Andeutungen des Telefongesprächs, das Du mit Fritz führtest (mit Störungen !!) ersehe ich, daß Du Dich wieder in ein gefährliches Unternehmen einläßt, bei dem es schon nicht mehr ums Studium geht, sondern um kriminelle Dinge, die das Ansehen der ganzen Familie aufs Spiel setzen können. Du wirst von mir letztmalig schärfstens verwarnt, von dem radikalen Unsinn Abstand zu nehmen - und weiter nichts zu tun als zu studieren.

Herzlichste Grüße

Vater

Das waren die Äußerungen unserer Nahestehenden. Sie sind seitdem versiegt. Zu den Schahgeschichten haben wir nichts mehr von ihnen gehört.

Ein Kuriosum:

Verblüfft waren wir, daß wir hundert DM geschenkt bekamen - die Spende eines Steuerbevollmächtigten, der uns Schmerzensgeld für die im Loch erlittene Unbill geben wollte.

2. Der arme SDS:

Dann kam die SDS-Geschichte - der zuerst mit uns abrechnete. Die Versuche dazu sind alt. Gut, wir mögen anstrengend sein, aber die Exekution dieses Ausschlusses kam uns einer Weigerung gleich, sich mit uns auseinanderzusetzen - allerdings eben nicht nur rhetorisch! Die Flugblätter 1-5 waren dann der Anlaß. Wir sollten diese Auseinandersetzung lieber von außen führen, wurde uns bedeutet, - drinnen behinderten wir die Politik des SDS, lieber dann nichts tun, wenn man sich nicht vollständig einigen kann. Und das bei den verschiedenen Interessenlagen der Mitglieder! Beispiel: Untätigkeit während und nach den Ereignissen um die Schahdemonstrationen. Die Ausschlußbegründung von Lefèvre lief über folgende Vokabeln (das Ding ist zu lang und unerträglich zu lesen):

voluntaristische Praktiken

Pseudolinke

existenzialistische Entscheidung
theoretischer Aktivismus
praxisfremde Theorie
Realitätsflucht
grenzenlose Überschätzung der "revolutionären
Reife der studentischen Bevölkerung"
Hoffnungslosigkeit, sich überhaupt irgendjemand
verständlich machen zu können
falscher "Anarchismus"
Verzicht, etwas zu ändern
Aggressionen gegen den SDS ... bedürfte wohl einer
psychologischen Analyse
Gefährdung der Arbeit des SDS
usw.

Armer SDS!

3. Brandstiftung:

Was Lustiges ist die Sache mit der Brandstiftung - wir haben jedenfalls gelacht, als der Brief kam (unser Postbote hält uns inzwischen für Verbrecher - dauernd Sachen vom Gericht und strafgewaltigen Instanzen, und alles per Einschreiben).

Dokument V

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Gech,-Nr. 2 P Js 749/67

1 Berlin 21, den 31.5.67
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11
App 662
(Im Innenbetrieb:933)
Sprechstunden:Montags
bis Freitags von 8,30-
13,00 Uhr

Herrn
Rainer Langhans

B e r l i n 31

Kurfürstendamm 140 (SDS-Heim)

Ich führe gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Aufforderung zu menschengefährdender Brandstiftung (§ 111 Abs., § 306 Nr. 3 StGB). Anlaß dazu haben die am 24. Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität in Berlin-Dahlem verteilten Flugblätter gegeben, die vom 24. Mai 1967 datiert sind. Die Flugblätter weisen die "Kommune I" als Urheber und Herkunftsbezeichnung auf. Der Inhalt der mit den Zahlen 6-9 versehenen Flugblätter ist Ihnen bekannt.

ich gebe Ihnen Gelegenheit, sich am
Freitag, d. 2. Juni 1967, 9.30 Uhr
dem bearbeitenden Staatsanwalt gegenüber zu dem gegen Sie
engeregten Verdacht zu äußern. Zu diesem Zweck fordere ich
Sie auf, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Kriminalgericht
Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 525, 2. Stock, einzufinden.
Sollten Sie an diesem Tage verhindert sein, bin ich bereit
Ihnen am Montag, den 5. Juni 1967 - zur gleichen Tageszeit -
am selben Ort - rechtliches Gehör zu gewähren, wäre Ihnen
jedoch für fernmündliche Benachrichtigung (3501 11 App. 662)
ob Sie am 2. Juni, am 5. Juni 1967 oder gar nicht erscheinen
werden, verbunden.

Zu dem gegen Sie erhobenen Vorwurf können Sie sich bis zum
5. Juni auch schriftlich äußern.

Im Auftrage:
(Kuntze)
Oberstaatsanwalt

Wir sind nicht hingegangen. Den nächsten Brief bekam nur einer
von uns:

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Gesch. Nr. 2 P Js 749/67

1 Berlin 21, den 5. Juni 67
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 66
(Im Innenbetrieb: 933)
Sprechstunden: Montags
bis freitags von 8.30-
1.30 Uhr.

Herrn Rainer Langhans
Berlin 31
Kurfürstendamm 140 (SDS-Heim)

Die Ermittlungen in dem Verfahren gegen Sie sind abgeschlos-
sen.

Ich erwäge, gegen Sie Anklage vor der großen Strafkammer des
Landgerichts Berlin wegen Aufforderung zu menschengefährden-
der Brandstiftung - §§ 111 Abs. 2, 306 Nr. 3 StGB. - (Flug-
blätter vom 24. Mai 1967) zu erheben.

Ich stelle Ihnen anheim, bis zum 12. Juni 1967 schriftlich zu
erklären, ob Sie einzelne Beweiserhebungen beantragen oder
Einwendungen gegen die Einreichung der Anklageschrift vor-
bringen wollen.

Sie können innerhalb dieser Frist auch beantragen, daß Sie
durch die Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis der Ermittlungen
gehört werden (Schlußgehör).

Im Auftrage: Voigt
Erster Staatsanwalt
Beglaubigt: Ringleb
Justizangestellte

Inzwischen sind wir angeklagt worden, Fritz und Rainer Langhans. Die Flugblätter haben wir gemeinsam gemacht. Die übrigen von uns werden daher gegen sich selbst Anzeige erstatten.

Wir wollten Euch natürlich auch noch die Anklageschrift abdrucken, aber durch die Bummellei der Kanzlei der Staatsanwaltschaft haben wir sie nicht mehr rechtzeitig erhalten. Wir werden Sie eben als Flugblatt drucken, wenn sie so schön ist, wie wir uns das vorstellen.

Warum nun das Ganze ?

Viele von Euch werden die Flugblätter nur aus der denkwürdigen Abgeordnetenhaussitzung zu den Demonstrationen kennen.

Hier sind sie noch einmal:

Neue Demonstrationsformen in Brüssel erstmals erprobt

In einem Großhappening stellten Vietnamdemonstranten für einen halben Tag kriegsähnliche Zustände in der Brüsseler Innenstadt her.

Diese seit Jahren größte Brandkatastrophe Belgiens hatte ein Vorspiel. Zur Zeit des Brandes fand in dem großen Kaufhaus A l'Innovation (Zur Erneuerung) gerade eine Ausstellung amerikanischer Waren statt, die deren Absatz heben sollte. Dies nahm eine Gruppe Antivietnamdemonstranten zum Anlaß, ihren Protest gegen die amerikanische Vietnampolitik Nachdruck zu verleihen. Ich sprach mit dem Mitglied der pro-chinesischen Gruppe "Aktion für den Frieden und Völkerfreundschaft" Maurice L. (21): "Wir vermochten uns bisher mit unserem Protest gegen die amerikanische Vietnampolitik nicht durchsetzen, da die hiesige Presse durch ihre Berichterstattung systematisch den Menschen hier den Eindruck vermitteln, daß ein Krieg dort unten notwendig und zudem gar nicht so schlimm sei. Wir kamen daher auf diese Form eines Happenings, die die Schwierigkeiten, sich die Zustände beispielsweise in Hanoi während eines amerikanischen Bombenangriffs vorzustellen, beheben sollte."

Der Verlauf des Happenings spricht für eine sorgfältige Planung: Tage zuvor fanden kleinere Demonstrationen alten Musters vor dem Kaufhaus mit Plakaten und Sprechchören statt und in dem Kaufhaus wurden Knallkörper zwischen den Verkaufstischen gezündet. Das Personal wurde so an derartige Geräusche und Zwischenfälle gewöhnt. Die Bedeutung dieser Vorbereitungen zeigten sich dann bei Ausbruch des Feuers, als das Personal zunächst weder auf die Explosionen, noch auf Schreie und Alarmklingeln reagierte. Maurice L. zu dem Brand: "Sie werden verstehen, daß ich keine weiteren Angaben über die Auslösung des Brandes machen möchte, weil sie auf unsere Spur führen könnte." Das Feuer griff sehr schnell auf die übrigen Stockwerke über und verbreitete sich dann noch in den anliegenden Kaufhäusern und Geschäften, da die umgebenden Straßen für die anrückende Feuerwehr zu eng waren. Der Effekt, den die Gruppe erreichen wollte, dürfte wohl ihren Erwartungen voll entsprochen haben. Es dürften im Ganzen etwa 4000 Käufer und Angestellte in die Katastrophe verwickelt sein. Das Kaufhaus glich einem Flammen- und Rauchmeer; unter den Menschen brach eine Panik aus, bei der viele zertrampelt wurden; einige fielen wie brennende Fackeln aus den Fenstern; andere sprangen kopflos auf die Straße und schlugen zerschmettert auf; Augenzeugen berichteten: "Es war ein Bild der Apokalypse"; viele erstickten schreiend. Das Riesenaufgebot an Feuerwehr und Polizei war wegen der Neugierigen und der ungünstigen Raumverhältnisse außerordentlich behindert - ihre Fahrzeuge waren mehrmals in Gefahr, in Brand zu geraten.

Maurice L.: "In der vorigen Woche hatten wir eine anonyme Bombendrohung an das Kaufhaus durchgegeben, um festzustellen, welche Maßnahmen die Polizei und welche Sicherheitsmaßnahmen das Kaufhaus ergreifen." - Da zu erwarten war, daß die Betroffenen die Ursache des Brandes mißdeuten würden, hatte die Gruppe nach Maurice L. schon Tage zuvor und vorallem am Tag des Großhappenings Flugblätter verteilt, die auf die Zustände in Vietnam hinwiesen und empfahlen, die Ausstellung im Kauf-

haus A l'Innovation "hochgehen" zu lassen. Nach sieben Stunden erst war das Großfeuer unter Kontrolle - der Schaden beträgt nach vorsichtigen Schätzungen ca 180 Mill Dm.

Über die Ursachen des Brandes wurden von der Polizei bisher noch keine genauen Angaben gemacht. Obwohl die Anzeichen für dieses Großhappening sprechen, wie es Maurice L. schilderte, wagen Polizei und Öffentlichkeit bisher nicht, die Antivietnamdemonstranten offen zu beschuldigen, da dies einem Eingeständnis einer erfolgten weitgehenden Radikalisierung der Vietnamgegner gleichkäme. Es könnte zudem bewirken, daß andere Gruppen in anderen Städten wegen der Durchschlagskraft dieses Großhappenings nicht nur in Belgien zu ähnlichen Aktionen ermuntern würden. Und selbst wenn sich durch eine Unvorsichtigkeit der Demonstranten die Urheber-schaft dieser obengenannten Gruppe eindeutig herausstellen würde, dürfte dies nicht dazu führen, daß die Polizei das Ergebnis veröffentlicht, da der obige Effekt der Ermunterung anderer Gruppen eine solche Veröffentlichung inoppotun erscheinen läßt.

Kommune I (24.5.67)

NEU ! UNKONVENTIONELL ! NEU ! UNKONVENTIONELL ! NEU ! UNK

Warum brennst Du, Konsument ?

NEU ! ATEMBERAUBEND ! NEU ! ATEMBERAUBEND ! NEU ! ATEMBER

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen: Coca Cola und Hiroshima, das deutsche Wirtschaftswunder und der vietnamesische Krieg, die freie Universität und die Universität von Teheran sind die faszinierenden und erregenden Leistungen und weltweit bekannten Gütezeichen amerikanischen Tatendrangs und amerikanischen Erfindergeists; weben dieseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Vorhang für freedom und democracy.

Mit einem neuen gag und der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole:

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

Skeptiker mögen davor warnen, 'König Kunde', den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbenen, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende hochentwickelte Wirtschaft in Gefahr zu sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden : wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, daß man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstranten andichten will, vermag uns nicht irrezuführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die (Plakate) von gestern tragen, und wir wissen, daß sie trotz aller abstrakten Bücherweisheit und romantischer Träumereien noch immer an unserer dynamisch-amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepieren die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, daß diese armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mußten. Deshalb trotteten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt...es gibt da so böse Gerüchte.

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden - die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi! Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das 'made in Germany'?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genau sowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn !

Kommune I (24.5.67)

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepieren die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, daß diese armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mußten. Deshalb trotteten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt...es gibt da so böse Gerüchte.

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden - die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das 'made in Germany'?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn !

Kommune I (24.5.67)

~~REVOLUTION WIRD
REVOLUTION WIRD~~

KOMMUNE I

AUF DIE STRASSE * FÜR JEDE HAUSFRAU BRÜSSELS EINEN NERZ * L'INNOVATION ROSA ROTE
UND SIE KÖNNEN DASSELBE ERLEBEN * DIE HÖCHSTENTWICKELTE PROPAGANDA FÜR JOHNSON VIETNAM-
VON ROSE-GRAVEN WOLKEN UMSCHMEICHELTE DIE APOKALYPSE IN ROT * BEI KEPA UND KA-DE-WEH
REVOLUTION IN ROSÉ * PROPANGAS KULTURGUT * DURCH SELBST ERLEBEN * POLITIK * AMERIKANISCHES
DAS VÖLLIG NEUE REVOLUTIONIERENDE GEFÜHL
DURCH FLAMMENDES ROT FLIEGEN PELZE * EINE FLASCHKE PROPAN-GAS

4. Der böse Verführer:

Da schlug der Rektor erneut zu
Dokument VIII

Der Rektor der
Freien Universität
Berlin
1 Berlin 33, Ihnestrasse 24

1 Berlin 33, den 6.6.1967
Rug 76901 App. 2250

Gegen Postzustellungsurkunde

Herrn
Dieter Kunzelmann

1 Berlin 30

Kurfürstenstraße 148
bei Hemmer

Sehr geehrter Herr Kunzelmann,

Sie haben in letzter Zeit wiederholt Veranstaltungen in der Universität gestört, indem Sie Flugblätter strafbaren Inhalts verteilten, "Wandzeitungen" entrollten und versuchten, Studenten gegen die Universitätsorgane und die öffentliche Ordnung aufzuwiegeln. Am Sonnabend, dem 4.6.1967, äußerten Sie vor dem Henry-Ford-Bau Studenten gegenüber die Absicht, die Sitzungen des Akademischen Senats zu stören, und forderten sie dazu auf, sich daran zu beteiligen.

Wegen Ihres Verhaltens untersage ich Ihnen hiermit das Betreten des Henry-Ford-Baus der Universität gemäß § 28 der Universitätsordnung. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Sie sich im Falle der Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung des Hausfriedensbruches schuldig machen.

Gegen diesen Bescheid ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht gegeben. Sie muß innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht Berlin, Berlin 12, Hardenbergstr. 21, erhoben werden.

Hochachtungsvoll
(unleserliche Unterschrift)

Nehmt Euch in Acht!

1) Es war Sonntag, nicht Sonnabend. Wir waren von Siegmundshof, wo das Gedenkkreuz für Ohnesorg aufgestellt worden war, zur Uni gefahren, da wir gehört hatten, daß dort der Akademische Senat tagte. Wir lagen auf der Wiese vor dem Senatssaal.

5. Und nun schließlich :

Dokument IX

Amtsgericht Tiergarten
(Bereitschaftsgericht)

1 Berlin 62, den 3.6.1967
Grunewaldstraße 69
Fernruf: 71 02 51

Geschäftsnummer: 381 Gs 659/67

Herrn
Gebbert

1 Berlin 12

Kaiser-Friedrich-Str. 54 a

In einer Ermittlungssache werden Sie von der auf Grund
eines richterlichen Haftbefehls erfolgten

V E R H A F T U N G

des Beschuldigten Fritz Teufel benachrichtigt.
Der Beschuldigte befindet sich in der

Untersuchungshaftanstalt Moabit,
Berlin 21, Alt-Moabit 12 a.

HV 1051
Benachrichtigung in
Haftsachen
§ 114 a Abs. 1 StPO - Tierg.

Auf Anordnung
Ubisch (Unterschrift)
Justizangestellte

Ein Brief von ihm gelangte bisher zu uns.

5. Juni 1967

Lieber Volker, aufgrund der Angaben zweier Polizeibeamter bin ich dringend verdächtig gegenüber Polizisten gewalttätig geworden zu sein und mit Steinen geworfen zu haben, Verbrechen strafbar nach § 125 Abs 2 StGB. Mit dem Rechtsanwalt konnte ich bis jetzt noch nicht sprechen und habe deshalb auch vor dem Vernehmungsrichter, der den Haftbefehl ausstellte, keine Aussage zur Sache gemacht. Das Gefängnis ist sehr hygienisch, ich habe fließendes Wasser und einen Abort in meiner Zelle - es würde Dir bestimmt gefallen. Die Küche ist gediegen. Heute gab es Klöße und Backobst. Meine Post wird vom Herrn Staatsanwalt zensiert. Ich denke, er wird nichts dagegen haben, wenn Du mir frische Unterwäsche und meine alte Brille

(der neuen fehlt ein Glas), die auf dem Regal im großen Zimmer liegt, schickst. Dann brauche ich noch Zahnbürste und Zahnpaste und wenn es geht noch zwanzig Mark, damit ich mir in der Kantine Milch und dgl. kaufen kann. Ich hoffe, daß Dir und unseren Freunden nichts passiert ist und bleibe, hoffentlich nicht allzu lange

Dein Fritz

Wir wissen sonst nichts von ihm, außer daß er zweimal verbrügelt wurde - einmal bei seiner Festnahme und dann nochmal auf einem Polizeirevier, daß sein Auge heil ist und daß die politischen Instanzen vorhaben, hier mal mit Zuchthaus (bis zu zehn Jahren möglich) klar zu machen, was jedem von Euch blühen kann. Zwei Polizisten als Zeugen für seine angeblichen Steinwürfe - das reicht eigentlich, der Fall ist klar meinte der Oberstaatsanwalt.

Beim letzten Hauptprüftermin wurde gegen Fritz entschieden. Mal sehen, wann aus den Steinen Eier und Rauchbomben werden. Bei Humphrey dauerte es auch seine Zeit, bis sich der Sprengstoff in Puddingpulver auflöste.

Notiz: Mädchen haben es schwer

Da sind sich alle einig, Justiz, Polizei und Disziplinar-ausschuß: Mädchen sind nicht zurechnungsfähig!

Bei der Humphreyaktion wurden sie alsbald wieder entlassen, da ihnen "kein Tatverdacht nachzuweisen" war. Die Jungen saßen.

So auch bei der Disziplinargeschichte, wo nach der Anklageschrift die Sitzung am 2.4. angeblich ohne sie stattfand - was sollten sie auch da, mögen sie gedacht haben.

Und so natürlich auch bei den Brandflugblättern - die Jungen bekamen ein Verfahren wegen Verfassen und Verteilen der Flugblätter 6- 9, sie nicht.

Mädchen können eben keine Flugblätter machen.

Mädchen können eben nicht politisch sein.

Mädchen habens gut bei uns - ihnen passiert nichts.

was tun?

Disziplinargeschichte - macht was! Zumindest muß das Ding öffentlich sein, damit wenn Ihr dann mal dran seid, die übrigen davon lernen.

Zu der Verhandlung der Brandstiftung könnt Ihr alle ja kommen, man kann sich dazu ja was einfallen lassen, im Feuerwehrauto vorfahren, in Uniform erscheinen, Streichhölzer mitbringen usw.

Warum soll Dieter K. nicht mehr aufwiegeln dürfen - selber blöd, wer sich verführen läßt!

H o l t d e n F r i t z r a u s ! ! !

Wenn Ihr uns helft, dann schützt Ihr Euch selbst!

- I -

NOCH WAS DER BROSCHÜRE HINTERHER!! ...

I Das beste Stück unserer Sammlung ist tatsächlich, wie erwartet, die Anklageschrift zu den Brandflugblättern:

A N K L A G E S C H R I F T

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht
(506) 2 P Js 749/67 (55/67)

I Berlin 21, den 9. Juni 1967
Turmstraße 11
Fernruf: 35 01 11 App. 662

An die
große Strafkammer
des Landgerichts Berlin
im H a u s e

A n k l a g e s c h r i f t

1. Der Student der Psychologie Rainer L a n g h a n s,
geboren am 19. Juni 1940 in Oschersleben,
wohnhaft in Berlin 31, Kurfürstendamm 140 (SDS-Heim),
Deutscher, ledig, vorbestraft,

2. Der Student der Publizistik Fritz T e u f e l,
geboren am 17. Juni 1943 in Ingelheim,
wohnhaft in Berlin 10, Kaiser-Friedrich-Straße 54 a
Deutscher, ledig, vorbestraft,

- z.Zt. für das Verfahren 2 P Js 758/67
in Untersuchungshaft in der U-Haftanstalt Moabit
in Berlin 21, Alt-Moabit 12a, Gef.B.Nr. 1637/67 -

- Strafregisterauszüge
sind beigelegt -,

werden a n g e k l a g t,
in Berlin am 24. Mai 1967
gemeinschaftlich

durch Verbreitung von Schriften
zur Begehung strafbarer Handlungen
aufgefordert zu haben, nämlich zum

vorsätzlichen Inbrandsetzen von Räumlichkeiten, welche zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dienen, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen in denselben sich aufzuhalten pflegen. Die Aufforderung ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Die Angeschuldigten haben am 24. Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität in Berlin-Dahlem in großer Zahl Flugblätter verteilt, die das Datum dieses Tages tragen und mit den Zahlen 6 bis 9 und der Verfasserbezeichnung "Kommune I" versehen sind. Die Flugblätter nehmen einen Warenhausbrand, der sich am 22. Mai in Brüssel ereignet hat, zum Anlaß, Brandstiftungen in Berliner Warenhäusern anzuregen, um dadurch wirklichkeitsnahe Vorstellungen von den Kämpfen in Vietnam zu vermitteln. Sie wollen damit das amerikanische Vorgehen in Vietnam anprangern.

Die Flugblätter haben folgenden Text:

Jetzt folgen Kopien der vier Flugblätter, die schon in der Broschüre sind.

Der gesamte Inhalt der Flugblätter läßt erkennen, daß die Verfasser davon ausgehen, der Warenhausbrand in Brüssel sei durch Brandstiftung hervorgerufen worden, und daß es angesichts der überzeugenden Wirkung einer solchen "Demonstration" ihr Bestreben ist, eine nach Größe und Zusammensetzung unbestimmte Gruppe Gleichgesinnter zu gewinnen, die aufgefordert werden, auch in Berliner Warenhäusern - und zwar während der Verkaufszeit - Brände zu legen.

- Verbrechen gemäß § 306 Nr. 3
§ III Abs. 2
§§ 47, 48 StGB.,
§ 19 des Berliner Pressegesetzes
vom 15. Juni 1965 -

Beweismittel: 4 Flugblätter in Xerox-Kopie,
3 Ordner mit Beweismaterial aus dem
Ermittlungsverfahren I P Js 236/67

Wesentliche Ergebnis der Ermittlung

I.

Als "Kommune I" bezeichnet sich eine Gruppe von Studierenden und Berufslosen, die sich, ohne eine Rechtsform anzunehmen, in Berlin gebildet und seitdem unter den Studenten der Freien Universität, aber auch außerhalb des Universitätsbereichs Unruhe gestiftet und verbreitet hat.

Diese Gruppe hat sich zunächst innerhalb des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gebildet und dort Anhänger gefunden. Zahl und Personen der Anhängerschaft waren nicht beständig. Ein kleiner "reis", zu dem auch die Angeschuldigten gehören, ist beisammen geblieben. Dem Vernehmen nach hat sich der SDS inzwischen von der "Kommune I" getrennt. Gleichwohl haben die Mitglieder und Anhänger

der "Kommune I" seit Anfang des Jahres 1967 eine propagandistische Tätigkeit entfaltet, die im Laufe der ersten sechs Monate verstärkt und radikalisiert worden ist:

Die Verbreitung mündlicher und schriftlicher Meinungs-
äußerungen
zu Universitätsfragen, zu Fragen der Innen-, der Außen-
und schließlich auch der Weltpolitik hat im akademischen
Bereich mehr und mehr Echo gefunden,
zu Streitgesprächen und sich zunehmend schroffer gestal-
tendem Meinungs Austausch,
endlich sogar zu Handgreiflichkeiten, passiven und akti-
ven Widerstandshandlungen geführt.

Diese Entwicklung ist nicht auf den Bereich der Hochschulen (FU und TU) beschränkt geblieben. Sie hat sich vielmehr in einer das öffentli-
che Leben in Berlin störenden und beeinträchtigenden Weise auf
Stadtgebiete und Straßenzüge ausgebreitet, die, weil besonders ver-
kehrsreich, auch besonders empfindlich für Verkehrsbehinderungen und
-störungen sind, verursacht etwa durch Demonstrationen, durch An-
sammlung von Diskussionsgruppen oder durch tätliche Auseinander-
setzungen:

Kurfürstendamm, Joachimstaler Straße, Hardenbergstraße,
Wittenbergplatz, Tauentzienstraße, Breitscheidplatz.

Solche gesteigerten Kundgebungen haben schließlich ihre - vorläu-
figen - Höhepunkte in den Vorfällen beim Besuch des amerikanischen
Vizepräsidenten Humphrey (5. April 1967) und des iranischen Kaiser-
paars (2. und 3. Juni 1967) gefunden. Bei Zusammenstößen von De-
monstranten mit der Polizei, die - zumindest auch - von der "Kommune I"
geschürt und gewünscht worden waren, ist ein Student getötet worden.
Alles das ist aus Berichten der Tageszeitungen, des Rundfunks und
des Fernsehens gerichtsbekannt.

II.

Die Entwicklung zeigt, daß geistige und ideologische Auseinander-
setzungen in Unduldsamkeit und Terror ausgeartet sind. Die Angehöri-
gen der "Kommune I" bekennen sich zu extremradikalen kommunistischen
Auffassungen und sehen in dem chinesischen Parteiführer Mao tse Tung
und dem nordvietnamesischen Staatsoberhaupt Ho-Chi-Minh ihre ver-
götterten Vorbilder. Im privaten Bereich erstrebt die "Kommune I":

"Revolutionierung des Alltags",
"Völlig geplante und durchorganisierte Aktionen;
jeder soll dabei eine ganz bestimmte Rolle übernehmen",
"Allgemeine Sexualität durch Auflösung der Privatverhält-
nisse als Privatverhältnisse".
Ablehnung des Privateigentums
Ablehnung jeglicher staatlicher Ordnung
Auflösung sexueller Probleme in zwangslosem
Partnerwechsel und gemeinschaftlicher Erörterung indi-
viduellen Fehlverhaltens,
Beseitigung von Daseinsschwierigkeiten -
Wohnung, Lebensunterhalt - durch "Aktionen",
wie Inbesitznahme leerstehender Häuser,
Diebstahl und Plünderung in Läden oder Gaststätten
(zumindest erwogen).

Diese hier nur sehr knapp zusammengefaßten Gedanken finden sich in
den Protokollen über Sitzungen der "Kommune I", von denen Ablich-

tungen in den Beweismittelheften enthalten sind, die im Ermittlungsverfahren I P Js 236/67 gebildet und hier beigezogen worden sind.

III.

Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1967 hat sich die "Kommune I" eingedenk ihrer Ziele folgender Mittel bedient:

Verbreitung von Flugschriften schmähenden und beleidigenden Inhalts, die sich gegen den Rektor und mehrere Professoren der FU richteten, Auffordern zu Protesten und Demonstrationen aus mannigfachen Anlässen, Abhalten von Versammlungen und Stören des Universitätsbetriebes mit wechselnden Mitteln (z.B. Sitzproteste);
genehmigtes und nicht genehmigtes Demonstrieren in besonders verkehrsreichen Straßen Berlins, provokantisches Verhalten, aktiver und passiver Widerstand gegenüber der Polizei,
Zeigen von Transparenten und Schildern mit aufreizenden Parolen und abgewandelten Zielrichtungen,
Werfen von Farbträgern (z.B. Eiern) auf Personen und Sachen.

Alle diese - durch Veröffentlichungen der Massenmedien - bekanntgewordenen Vorkommnisse, die sich seit Anfang 1967 vermehrt und verdichtet haben, sind von der Mehrheit der Berliner Bevölkerung mit Unmut und zunehmender Mißbilligung aufgenommen worden. Ungeachtet dessen haben die Angeschuldigten Flugblätter verteilt, die - geradezu im Sinne einer "Eskalation" ihrer Bettreibungen - zu Handlungen auffordern, die - falls es dazu käme - verbrecherisch wären.

IV.

Die hier inkriminierten Flugblätter sind - nicht nur weil drei von ihnen dasselbe Datum tragen - als Ganzes zu würdigen. Die Verfasser erläutern auf ihre Weise den Brand des Warenhauses A l'innovation in Brüssel, bei dem am 22. Mai 1967 mehr als 300 Menschen um Leben kamen. Sie gehen davon aus, daß der Brand vorsätzlich gelegt worden ist, um die Belgier aufzurütteln, augenfällig und schmerzlich davon zu überzeugen, daß die amerikanischen Kampfweise in Vietnam grausam und unmenschlich sei. Die durch den Brand hervorgerufenen "kriegsähnlichen Zustände" nennen sie - zynisch genug - ein "Großhappening". Der belgischen Polizei unterstellen sie, sie verschweige absichtlich die Brandstiftung als Ursache der "katastrophe, um nicht andere Vietnamkriegsgegner anderswo zu ähnlichen "Demonstrationen" zu ermuntern. Es folgen hasserfüllte, mit ätzendem Spott untermalte Betrachtungen über die Eindrucksvolle Wirkung eines Warenhausbrandes. Kennzeichnend dafür sind diese Sätze aus dem Flugblatt 7 :

"Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes knistern-de Vietnamgefühl (dabei zu sein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und dem Unkonventionellen, das, bei aller menschlichen Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen."

Flugblatt 8 enthält zwar nicht wortwörtlich, aber unmißverständlich die unverhohlene Aufforderung, auch in Berlin mit brennenden Warenhäusern für Vietnam zu "demonstrieren":

"Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht - die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, zweihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeit vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung vom KaDeWe, Herthie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an."

Gerade dieser Satz ist besonders kennzeichnend dafür, daß zu einer eindeutig motivierten Brandstiftung aufgefordert wird:

Auch der bisher untätige Zeitungsleser wird, angeregt vom Brüsseler Brand, nunmehr aktiv, indem er sich in einer Ankleidekabine eines namentlich bezeichneten Berliner Warenhauses "diskret eine Zigarette" anzündet, weil es ja in den Konfektionsabteilungen an brennbaren Stoffen wahrlich nicht mangelt.

Auch die abschließende "Vorbereitung" auf etwa bevorstehende Ereignisse ist sinngemäß nichts als die Aufforderung zur Beteiligung:

"Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:
burn, ware-hous, burn!"

Nach nüchterner und verständiger Prüfung der Ausführungen I bis III kann die Ernsthaftigkeit der in den Flugblättern enthaltenen Aufforderung zur menschengefährdenden Brandstiftung nicht angezweifelt werden. Angesichts ihres tätigen Wirkens innerhalb der "Kommune I" seit längerer Zeit und ihres Bestrebens, dieses Wirken spektakulär zu steigern, kann das Werben für ihr "unkonventionelles" und "atemberaubendes" Vorhaben nicht ernst genug genommen werden.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage
zur Hauptverhandlung vor der großen Strafkammer
des Landgerichts Berlin zuzulassen.

Im Auftrage:
K u n z e

(Kunze)
Oberstaatsanwalt

Kein Wort von Fritz und Rainer - wenn es stellvertretende Sippen-
haftung gibt, dann hier.

Wir haben deshalb an den General geschrieben:

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Wir haben im Augenblick sowieso kein Geld - da wäre es
ganz gut, ins Gefängnis zu kommen. Aber zweie reichen dafür
nicht aus - es müßten schon alle sein.

Schließlich haben wir die Flugblätter ja auch zusammen ge-
macht und vertrieben, und irgendwo im Gesetz gibt es doch
sowas wie Recht auf geistiges Eigentum. Nicht nur Fritz und
Rainer gehören die Flugblätter nämlich, sondern auch wir
anderen

Dieter Kunzelmann
Volker Gebbert
Gertrud Hemmer
Ulrich Enzensberger

dürfen sie nutzen. Und wir wollen das auch
Also sei bitte so gerecht und versuch uns doch alle einzu-
lochen.

Übrigens könntest Du vorher nochmal zu Kaffee und Kuchen mit
Deiner werten Gemahlin vorbeikommen - wir waschen uns die
dreckigen Hälse.

Mit Hochachtung!
(Unterschriften)

2. Schließlich, solche Sachen laufen auch noch (vom bekannten Absender, Turmstraße, diemal an Volker Gebbert):

Strafbefehl

Sie werden beschuldigt
in Berlin
am 2. August 1967

Berlin, den 13. Juni 67

mit andern gemeinschaftlich
in den Gasträumen eines anderen ohne Befugnis verweilend,
sich auf die Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt zu
haben,
indem Sie
sich entsprechend einem gemeinschaftlich mit anderen Zuschauern gefaßten Entschluß nach Beendigung der Abendvorstellung des Filmes "Africa Addio" im ASTOR-Film-Theater, Berlin 15, Kurfürstendamm 217, im Innenraum des Theaters aufhielten und diesen trotz mehrfacher Aufforderung durch den Theaterleiter Johannes Wöhlermann und die zur Räumung eingesetzten Polizeibeamten nicht verließen.

.....(es folgen Paragraphen und Zeugennamen)

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft
wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe
in Höhe von 200, (zweihundert) DM
- und für den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann,
ersatzweise 20 (zwanzig) Tage Gefängnis
festgesetzt.
usw.usf.

Und noch ein Gedicht:

Strafbefehl

Berlin, den 9. Juni 67

Sie werden beschuldigt, zu Berlin-Charlottenburg
am 10. Dezember 1966, gegen 17.20 Uhr,
die Sicherheit und Leichtigkeit des
Straßenverkehrs in erheblicher Weise
behindert haben,

indem Sie
nach Beendigung einer Kundgebung auf dem Wittenbergplatz an der Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße zusammen mit etwa 40 Personen um einen Weihnachtsbaum stehen blieben, der Aufforderung der Polizeibeamten, weiterzugehen, keine Folge leisteten, sondern durch lautstarke Reden die Menschenmenge weiter zusammenhielten und dadurch den sehr starken Fußgänger- und Fahrzeugverkehr (Nachmittagsstunden eines verkaufsoffenen Sonntags der Vorweihnachtszeit im Geschäftszentrum) behinderten.

.....(wieder Paragraphen, wieder Zeugen)

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft
wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe in Höhe von 50.- (fünfzig) DM, und für den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von fünf Tagen festgesetzt.
usw.usf.

Beim ersten Strafbefehl hat sich Volker, unser notorischer sozialer Absteiger, noch selber eine Berufung abgerungen. Beim zweiten mußten wir schon nachhelfen, weil ihm langsam unterm Kreuzfeuer Derer vom Tiergarten die Puste ausgeht.

Dieter muß übrigens für 3 Wochen ins Loch. Weil er aufgerührt hat, damals in München bei der ersten großen Vietnamdemonstration. Da nützt ihm nichts, daß er Verfassungsbeschwerde eingelegt hat. Er blieb nämlich beim Sitzstreik vor dem Amerikahaus trotz der Aufforderung zu räumen, sitzen, das ist und bleibt öffentlicher Aufruhr und wegen einer Reflexbewegung seine linken Beines Widerstand gegen die Staatsgewalt obendrein.

In der Ladung zum Strafantritt in die Strafanstalt Tegel in Berlin 27 Seidelstr. 39 sind auf dem Vordruck folgende Hinweise (zusammen mit anderen);

Annahme nur Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 14.00 Uhr.

Es wird erwartet, daß Sie in sauberem und nüchternem Zustand erscheinen. Betrunkene werden nicht aufgenommen und können zunächst der Polizei zur Ausnüchterung übergeben werden. Wer sich ohne diese Ladung und Lichtbildausweis stellt, muß damit rechnen, abgewiesen zu werden und setzt sich daher späteren Zwangsmaßnahmen aus.

Strafgefangene sind grundsätzlich auf Anstaltskleidung und Anstaltskost angewiesen. Sie brauchen daher nur wenige Sachen mitzubringen.

Erlaubt sind: Bargeld, Zahnbürste, Rasierapparat mit höchstens 10 Klingen, Rasierpinsel, Waschlappen, Waschbeutel, 1 Stück Seife, Tapakspfeife, Feuerzeug, Kugelschreiber oder Füller und höchstens 4 Lichtbilder von Angehörigen. Bei längerer Freiheitsentziehung einige Bücher zur beruflichen Fortbildung.

Besuche: Sie können von Angehörigen und Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, nach Verbüßung von einem Monat der Strafe und sodann jeden weiteren Monat einmal besucht werden. Mehr als zwei Besucher werden nicht gleichzeitig zugelassen. Besuche durch Kinder (nur in Begleitung Erwachsener) sind zwar zulässig, sollten jedoch im Interesse des Kindes möglichst vermieden werden.

Wenn er muß - den Termin sagen wir Euch noch - dann können wir ihn alle begleiten mit einem Zug, mit Musik und Plakaten. Auch, wenn er wiederkommt.